

Konrad-Adenauer-Stiftung

Jahresbericht Mongolei 2006

Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung.....
II.	Ziele der KAS im Einsatzland.....
III.	Maßnahmen im Berichtsjahr.....
III.1	Darstellung der durchgeführten Maßnahmen.....
III.2	Bewertung (Zielerreichung).....
IV.	Politische Rahmenbedingungen.....

I. Zusammenfassung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit Anfang der 90er Jahre in der Mongolei tätig. Erste Maßnahmen wurden 1991 durchgeführt. Seit 1993 ist die KAS mit einer festen Infrastruktur, einem Büro, einem Landesbeauftragten und vier mit Arbeitsvertrag angestellten mongolischen Ortskräften in Ulaanbaatar vertreten. Die Maßnahmen des KAS-Büros werden in Ulaanbaatar und in zunehmendem Maße auch in den Provinzen des Landes durchgeführt. Der Status der KAS in der Mongolei ist über eine Vereinbarung mit dem mongolischen Justizministerium geregelt. Jährlich wird dem Justizministerium ein Arbeitsbericht über die Aktivitäten des abgelaufenen Jahres zugeleitet. Wichtige politische Partner des KAS-Büros sind die politischen Parteien des Landes, die Mitglieder des nationalen Parlaments - des Großen Staatskhurals, sowie diverse Fachausschüsse. Besonders enge Zusammenarbeit besteht mit der Kanzlei des Ministerpräsidenten sowie dem ständigen Ausschuss für Staatsstruktur. Außerdem arbeitet das KAS-Büro mit verschiedenen mongolischen Organisationen und Bürgerbewegungen zusammen. Die Aktivitäten des KAS-Büros werden im Sinne von Eigenmaßnahmen (EM) von denen des Partners „Akademie für Politische Bildung“ (AfPB) unterschieden. Diese EM der KAS haben inhaltlich und logistisch ein eigenständiges Profil, ergänzen aber teilweise die Aktivitäten des Partners AfPB.

Als Partnerprojekt unterstützte die KAS seit 1993 den Aufbau einer „Akademie für Politische Bildung“ (AfPB). Die AfPB wurde nach den entsprechenden Vorarbeiten im Jahre 1993 offiziell gegründet. Sie verfügt seither über ein zentrales Büro in der Hauptstadt Ulaanbaatar mit 10 bis 15 Mitarbeitern. 1996 und 1997 wurden landesweit sechs Außenstellen der AfPB gegründet. Letztere verfügen jeweils über eine Büroinfrastruktur mit zwei fest angestellten Mitarbeitern. Damit hat die AfPB die Möglichkeit, nicht nur in Ulaanbaatar Veranstaltungen durchzuführen, sondern flächendeckend politische Bildung auch bei der ländlichen Bevölkerung anzubieten. Im Wesentlichen bietet die AfPB Bildungsveranstaltungen über die Grundlagen der Demokratie an. In der Zentrale in Ulaanbaatar werden darüber hinaus Forschungen zu aktuellen politischen Tendenzen in der Mongolei durchgeführt. Außerdem sollen durch die Arbeit der AfPB politische Mandatsträger oder künftige Abgeordnete von Parlamenten unterschiedlicher Ebenen in die Situation versetzt werden, diese Ämter qualifiziert auszuüben.

Der Partner AfPB und die KAS haben in administrativer Hinsicht eine unabhängige Arbeitsweise vereinbart, was sich als ausgesprochen konstruktiv erwiesen hat. Das schließt jedoch nicht aus, dass die AfPB, insbesondere über die Struktur der sechs Außenstellen, dem KAS-Büro bei der Ansprache von politischen Partnern in den Provinzen behilflich ist.

Seit April 2004 ist Dr. Thomas Schrapel der verantwortliche Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Mongolei.

II. Ziele der KAS im Einsatzland

Als langfristige Oberziele der KAS in der Mongolei wurde festgelegt, dem Land durch Demokratieförderung Hilfestellung zu geben bei:

- der Weiterentwicklung und Stabilisierung eines eigenständigen demokratischen Systems;
- der Ausbildung der für einen demokratisch verfassten Rechtsstaat eintretenden Kräfte;
- der Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Entwicklung, um die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen zu verbessern.

Die sich daraus ergebenden Ziele der Stiftung werden im laufenden Länderprogramm für die Jahre 2005 – 2007 wie folgt beschrieben:

- Stärkung des Rechtsstaats und der parlamentarischen Demokratie;
- Stärkung des Mehrparteiensystems;
- Förderung einer kritischen und verantwortungsbewussten Medienlandschaft;
- Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Förderung kommunaler Selbstverwaltung;
- Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung.

Die Ziele für die Projektarbeit des Jahres 2006 waren:

- *Stärkung der parlamentarischen Demokratie, eines stabilen Mehrparteiensystems und des Rechtsstaats;*
- *Voraussetzungen zur Stärkung kommunaler Selbstverwaltung und regionaler Wirtschaftsförderung werden geschaffen;*
- *Förderung einer kritischen, verantwortungsbewussten Medienlandschaft im Rahmen der Demokratieförderung;*
- *Verbesserung der Effizienz und Transparenz bei politischen Entscheidungsträgern;*
- *Stärkung der Zivilgesellschaft im Rahmen der Förderung von Bürgerinitiativen.*

II. Maßnahmen im Berichtsjahr

III.1 Darstellung der durchgeführten Maßnahmen

Ziell: Stärkung der parlamentarischen Demokratie, eines stabilen Mehrparteiensystems und des Rechtsstaats

1.1. Ein Wahlgesetz ist erarbeitet und implementiert

Als Berater von Politikern aller im nationalen Parlament vertretenen Parteien wird die KAS insbesondere bei der Ausarbeitung neuer Gesetzesvorhaben geschätzt. Eines der wichtigsten Gesetzesvorhaben wurde dabei in den Jahren 2004 bis 2006 realisiert. Es ging um die Erarbeitung eines neuen Wahlgesetzes. Im Anschluss an die Parlamentswahlen im Juni 2004 kam es zu breiten und teilweise sehr kontrovers geführten Diskussionen über die gesetzlichen Voraussetzungen für demokratische Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen. Führende Politiker unterschiedlicher Parteien waren sich jedoch darin einig, dass immer wieder aufflammende Diskussionen über den Ablauf von Wahlen und implizite parteipolitische Vorwürfe im Sinne von Verdächtigungen auf Wahlmanipulationen und –fälschungen der demokratischen Entwicklung in der Mongolei insgesamt abträglich sind. Mit erheblicher, beratender Unterstützung der KAS wurde ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet, wobei zunächst der ständige Parlamentsausschuss für Staatsstruktur dafür federführend war. Das Gesetz wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 2005 endgültig verabschiedet und nach Ratifizierung durch den Staatspräsidenten in Kraft gesetzt.

Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens ging es bei den Aktivitäten der KAS darum, die mongolische Politik dabei zu unterstützen, das Gesetz im Land bekannt zu machen. Dabei gehörten sowohl die potentiellen Wähler und künftige Kandidaten für Kommunal- und Parlamentswahlen zur Zielgruppe. Die KAS hat dabei geplante Veranstaltungen zu allgemeinen politischen Themen und Bildungsmaßnahmen zur kommunalen Selbstverwaltung genutzt, um in gesonderten thematischen Einheiten das Thema Wahlgesetz zu behandeln. Grundsätzlich wurden drei Schwerpunkte mittels kompetenter Referenten und in offener Diskussion erörtert:

- erstens, das Verfahren der Kandidatenaufstellung innerhalb der einzelnen Parteien;
- die praktische Umsetzung der neu aufgenommenen gesetzlichen Vorschrift, wonach mindestens ein Drittel der Kandidaten der Parteien Frauen sein müssen;
- Fragen zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung sowie Chancen von Kandidaten, die nicht über eigene wirtschaftliche Voraussetzungen verfügen, Wahlkampf zu finanzieren.

Neben diesen Veranstaltungen war auch ein Besuch des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, M. Grund MdB, Bestandteil

der KAS-Aktivitäten bei der Implementierung des neuen Wahlgesetzes. Herr Grund führte in diesem Zusammenhang intensive Gespräche mit führenden Vertretern verschiedener im nationalen Parlament vertretenen Parteien, insbesondere der MRVP, DP und CWRP. Dabei ging es um die Notwendigkeit, das Gesetz in den nächsten Jahren so weiter zu entwickeln, dass schrittweise die Chancen für solche potentiellen Kandidaten im Hinblick auf eine Aufstellung steigen, die selbst über nicht ausreichende ökonomische Voraussetzungen verfügen, um selbständig Wahlkämpfe durchzuführen.

1.2. Die innerparteiliche Demokratie ist gestärkt

Das Jahr 2005 hatte bereits gezeigt, dass sich die Mongolei in einer brisanten Phase der Demokratieentwicklung befindet. Ganz wesentlich wird dies durch einen umfassenden Generationsumbruch bewirkt. Zwar sind die Grundstrukturen und Institutionen des demokratischen Rechtsstaats im Wesentlichen installiert, gleichwohl sehen sich gerade die politischen Parteien vor einem Generationswechsel im Hinblick auf deren wichtigste und führende aktive Politiker. Dies trifft sowohl auf die MRVP als auch auf die DP zu. Starker Bedarf an entsprechender Unterstützung wurde auch von der CWRP angezeigt, die zwar im nationalen Parlament nur über zwei Sitze verfügt, gleichwohl aber im Land unmittelbar nach den letzten Parlamentswahlen starke Aktivitäten dahingehend entfaltete, als Alternative zu den beiden „etablierten“ Parteien wahrgenommen zu werden. Deshalb wurde im Jahr 2005 vereinbart, dass die KAS einen Teil ihrer Aktivitäten der Zusammenarbeit mit Parteien dahingehend widmet, die Notwendigkeit innerparteilicher Demokratie wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken.

Die Aktivitäten der KAS zu diesem Thema waren darauf ausgerichtet, vor allem in den Provinzen des Landes gemeinsam mit den entsprechenden Parteigliederungen Diskussionsforen und Workshops durchzuführen, bei denen die offene Diskussion über den Stand der Demokratie in der Mongolei diskutiert werden sollte. Insgesamt zehn solcher Veranstaltungen wurden im Laufe des Jahres in den Provinzen der Mongolei durchgeführt. Dabei waren Vertreter der DP und der CWRP Partner dieser Veranstaltungen. Partiiell wurden im Rahmen des Experteneinsatzes des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion M. Grund MdB auch mit führenden Vertretern der MRVP Gespräche zu diesem Thema geführt.

Inhaltliche Schwerpunkte der genannten zehn Veranstaltungen waren:

- Parteifinanzierung und Finanzierung von Wahlkämpfen einzelner Kandidaten;
- Partizipation der Parteiorganisationen in den Provinzen an den Beschlüssen der Parteigremien vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Zentralisierung und Fokussierung des politischen Lebens auf die Hauptstadt Ulaanbaatar;
- Erhöhung der Chancen für junge Politiker bei der aktiven Gestaltung von Parteipolitik;

- Erhöhung der Chancen für Frauen bei der Aufstellung als Kandidaten zu Kommunal- und Parlamentswahlen.

Bei den genannten KAS-Aktivitäten wurde nach Absprache mit führenden Parteipolitikern großer Wert darauf gelegt, dass insbesondere die Diskussionsbeiträge seitens der Vertreter der Provinzparteigliederungen im Vordergrund stehen. Deshalb hatten die Veranstaltungen überwiegend „Workshop-Charakter“. Auf Grund der natürlichen Bedingungen wurden Veranstaltungen für verschiedene soziologische Gruppen innerhalb der Parteigliederungen gesondert durchgeführt. Zu nennen sind hier drei große Diskussionsforen mit den Verbänden der Viehzüchter innerhalb der DP und der CWRP, da diese Zielgruppe im Hinblick auf ihre Partizipationsmöglichkeiten bei solchen Veranstaltungen zeitlich sehr eingeschränkt ist. Andererseits bilden die nomadischen Viehzüchter nach wie vor die wichtigste soziologische Gruppe innerhalb der mongolischen Bevölkerung in den Provinzen des Landes.

Im Rahmen des schon erwähnten Experteneinsatzes des Abgeordneten M. Grund MdB wurden Gespräche mit den Parteiführungen in Ulaanbaatar geführt. Es hat sich gezeigt, dass die Vertreter der mongolischen Parteien nach wie vor außerordentlich großes Interesse an den Erfahrungen der deutschen Parteien haben. Dabei wurden weitere Kontakte vereinbart. Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen den mongolischen Parteivertretern und dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion standen auch Fragen der Koalitions- bzw. Bündnisfähigkeit der Parteien. Die Gespräche wurden mit dem Fraktionsvorsitzenden der MRVP im Großen Staatskhural, dem dortigen Gruppenvorsitzenden der DP, sowie der Parteivorsitzenden der CWRP und dem Landwirtschaftsminister der Mongolei geführt.

Ziel 2: Voraussetzungen zur Stärkung kommunaler Selbstverwaltung und regionaler Wirtschaftsförderung sind geschaffen

2.1. Eine öffentliche Diskussion über eine grundlegende Gebietsreform und die Bedingungen für kommunale Selbstverwaltung wird geführt

Seit Beginn des Jahres 2005 hat die KAS zum Thema „Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform in der Mongolei“ umfassende Aktivitäten entfaltet. Ausgehend von dem Umstand, dass Möglichkeiten für kommunale Selbstverwaltung zwar de iure vorhanden, aber de facto derzeit nicht möglich sind, hatte sich die KAS zum Ziel gesetzt, in einer ersten Phase über grundlegende Prinzipien und Möglichkeiten kommunaler Selbstverwaltung bei den betroffenen Provinzverwaltungen und Parlamenten aufzuklären. Dafür wurde eine Serie von Bildungsmaßnahmen konzipiert. Zielgebiete waren zunächst drei Regionen, in denen auch ein größeres Projekt der GTZ zur regionalen Wirtschaftsförderung durchgeführt wird. Hier sollte die Aufklärung über die Möglichkeiten kommunaler Selbstverwaltung mit einem konkreten Beispiel, nämlich Wirtschaftsförderung sinnvoll miteinander verknüpft werden. In einer der westlichen Provinzen des Landes, im Zavkhan-

Aimag, hatten die KAS-Aktivitäten das Ziel, alle Abgeordneten der Provinzparlamente bis zur Sumebene – vergleichbar der Kreisebene in der Bundesrepublik - in den Bildungsveranstaltungen zu schulen. Diese Veranstaltungsreihe wurde 2006 im Zavkhan-Aimag abgeschlossen. Hinzu kamen noch ähnliche Bildungsveranstaltungen in anderen Provinzen. Insgesamt wurden zu diesem Thema im Jahr 2006 vom KAS-Büro 23 Veranstaltungen durchgeführt, an denen fast 1500 Abgeordnete von Provinzparlamenten, Vertreter von Stadtverwaltungen sowie Angestellte öffentlicher Einrichtungen teilgenommen haben. Die Bildungsmaßnahmen waren inhaltlich so konzipiert, dass zunächst über die grundlegenden Prinzipien kommunaler Selbstverwaltung erläutert wurden. In einem zweiten Teil erläuterten die Teilnehmer die spezifischen Probleme in ihren jeweiligen Regionen. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden danach im KAS-Büro aufbereitet und an den zuständigen Ausschuss des nationalen Parlaments weitergeleitet.

Parallel zu den Bildungsveranstaltungen in den Provinzen wurde, wie bereits erwähnt, permanent Kontakt mit den für Regionalpolitik zuständigen Abgeordneten des Großen Staatskhural gehalten. Im April 2006 hat das KAS-Büro in der Hauptstadt Ulaanbaatar eine Konferenz zum Thema „Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform“ durchgeführt. Dazu wurden alle Gouverneure und Vorsitzenden der Aimag-Khural eingeladen. Hinzu kamen die führenden Politiker der Regierungs- und Oppositionsparteien im Großen Staatskhural. Zum ersten Mal seit Beginn der politischen und wirtschaftlichen Transformation wurde in der Mongolei in einem solchen Teilnehmerkreis über die Perspektiven kommunaler Selbstverwaltung diskutiert.

Im Rahmen eines Experteneinsatzes wurde einer der auf dem Gebiet KSV am meisten erfahrenen Kommunalpolitiker der Bundesrepublik Deutschland, Herr Landrat a.D. *H. Volle*, als Diskussionspartner bei den Veranstaltungen im Zavkhan-Aimag eingesetzt.

Eine weitere wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang war das Engagement der KAS zur Unterstützung der mongolischen Regierungskanzlei bei der Umsetzung der ersten Schritte der Gebietsreform. Informationsveranstaltungen in den Provinzen, die in einer ersten Phase der Gebietsreform mit anderen Provinzverwaltungen fusionieren sollen, seien in diesem Zusammenhang erwähnt.

2.2. Die Verwaltungsstrukturen einer Musterkommune für die gesamte Mongolei sind implementiert

Zu den umfangreichen Aktivitäten beim Thema „Kommunale Selbstverwaltung“, wie im Abschnitt 2.1. beschrieben, wurde parallel damit begonnen, Möglichkeiten auszuloten, mittelfristig eine mongolische „Musterkommune“ aufzubauen. Deren Zweck besteht darin, beispielhafte Verwaltungsstrukturen einzurichten, wie sie dann im ganzen Land praktisch umgesetzt werden könnten. Es ist anzumerken, dass eine solche „Musterkommune“ nur in enger Abstimmung mit den verantwortlichen Politikern in Ulaanbaatar und natürlich der betreffenden Kommune selbst

aufgebaut werden kann. In einem ersten Schritt wurden im Berichtsjahr seitens der KAS umfangreiche Recherchen und organisatorische Vorarbeiten geleistet.

Zunächst absolvierte ein mongolischer Spezialist für das Thema „Kommunale Selbstverwaltung“, der auch bei den unter 2.1. beschriebenen Maßnahmen als Hauptreferent der KAS tätig ist, im Rahmen eines Kurzzeitstipendiums einen Aufenthalt in Deutschland. Hier traf er sich in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen in ausgewählten Kommunen mit Spezialisten und Praktikern für dieses Thema. Bei Visiten in mehreren Landkreis- und Stadtverwaltungen lernte er die praktische Arbeit von Kommunalpolitikern in Deutschland kennen. Es sei angemerkt, dass dieser mongolische Spezialist bereits seit mehreren Jahren auf diesem Gebiet arbeitet und schon über große Kenntnisse in der deutschen Kommunalpolitik verfügt. Neben diesen Visiten in Verwaltungen besuchte der mongolische Experte auch die Verwaltungshochschule in Kehl, sowie Veranstaltungen des kommunalpolitischen Seminars der KAS in Eichholz. Des Weiteren diente der Besuch auch dazu, einen deutschen Experten, der für einen Einsatz in der Mongolei vorgesehen war, über die spezifischen mongolischen Bedingungen aufzuklären. Hierzu führte Herr *Battuvshin* intensive Gespräche mit Herrn Landrat a.D. *H. Volle* in Tuttlingen. Eine dritte Komponente des Studienaufenthaltes des mongolischen Experten bestand darin, geeignete Studien- und Lehrmaterialien zum Thema „Kommunale Selbstverwaltung“ zum Zwecke des Einsatzes bei der Ausbildung von mongolischen Kommunalpolitikern zu sichten und entsprechend aufzuarbeiten. Parallel mit dem Aufbau einer „Musterkommune“ sollen auch die Voraussetzungen für die Ausbildung künftiger mongolischer Kommunalpolitiker erheblich verbessert werden.

Der Einsatz des deutschen Experten für Kommunalpolitik, Herrn *H. Volle*, erfolgte im Juni und Juli 2006 in verschiedenen Orten der Mongolei. Parallel zu den Diskussionsveranstaltungen, bei denen Herr *Volle* den mongolischen Interessenten als Partner zur Verfügung stand, besuchte er mehrere Provinzverwaltungen. Bei den Gesprächen in Nalaich und Baganuur ging es schon um die Frage, ob einer der Orte als beispielhafte „Musterkommune“ geeignet wäre. Herr *Volle* nutzte den Experteneinsatz auch dazu, weitere Kenntnisse über die spezifischen Probleme künftiger mongolischer Kommunalpolitik zu sammeln, da er der KAS auch in nächster Zeit bei diesem Projekt partiell zur Verfügung stehen würde.

Ziel 3: Die Voraussetzungen für eine kritische Medienlandschaft sind geschaffen

3.1. Zusammenarbeit und Beratung der Mitglieder des Medienrates ist installiert

Auch in diesem Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit mit mongolischen Journalisten und Medienpolitikern weiter geführt. Mit Blick auf die eigentliche Zielformulierung sei angemerkt, dass aus aktuellem Anlass, diese Zusammenarbeit inhaltlich modifiziert wurde. Dafür gab es zwei Gründe. Erstens: Seit Beginn der Regierungskrise ca. im November 2005 verstärkten sich Tendenzen in der mongolischen Medienöffentlichkeit, mit teils einseitiger und unsachlicher Berichterstat-

tung über führende mongolische Politiker die reale politische Situation nicht objektiv darzustellen. Die KAS wurde sowohl von Medienvertretern als auch von Politikern angesprochen und gebeten, Möglichkeiten zu eruieren, ein Diskussionsforum über die Verantwortung der Medien in der Demokratie zu organisieren. Zweitens: Die zunächst formulierte Zielsetzung für das Jahr 2006 in Bezug auf die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des mongolischen Medienrates konnte in dieser Form nicht in Angriff genommen werden, weil erst noch weitere gesetzliche Voraussetzungen für die Arbeit des neu geschaffenen Medienrates seitens der mongolischen Politik geschaffen werden müssen. Das bezieht sich auch auf die Modalitäten, die zur personellen Zusammensetzung des Medienrates führen. Diese Verzögerung war im Jahre 2005 in dieser Form nicht abzusehen.

Gleichwohl besteht ein Gremium, das nach entsprechenden personellen Ergänzungen in absehbarer Zeit die Aufgaben eines Medienrates in vollem Umfang übernehmen soll. Dieser schon jetzt bestehende Personenkreis war Zielgruppe eines Workshops, den die KAS zusammen mit dem mongolischen Presseinstitut im Mai des Berichtsjahres durchgeführt hat. Auf Grund der Modifizierung der Zielsetzung wurde ein weiterer Workshop mit Beteiligung deutscher Experten in Ulaanbaatar im Juli und August durchgeführt. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Verantwortung freier Medien bei der Entwicklung der Demokratie wurden hier insbesondere junge bzw. sich in Ausbildung befindliche Journalisten als Zielgruppe angesprochen und eingeladen.

Ziel 4: Die Umsetzung politischer Entscheidungen auf höchster Ebene wird effektiviert

4.1. Die Organisationsstruktur in der Präsidialkanzlei sind verbessert

Im Vorfeld dieser im folgenden beschriebenen Maßnahme fanden intensive Gespräche zwischen hochrangigen Politikern und Angestellten der mongolischen Präsidialkanzlei und der KAS statt. Im Zuge der weiteren Ausgestaltung eines modernen Regierungsmanagements suchten die Mitarbeiter der Präsidialkanzlei die Unterstützung deutscher Experten. Deshalb hat die KAS in dieser Phase der Zusammenarbeit für den leitenden Minister der Kanzlei und einem der engsten Berater des Staatspräsidenten Gespräche mit deutschen Experten in Deutschland organisiert. Im Februar des Berichtsjahres waren beide mongolischen Partner zu intensiven und umfänglichen Gesprächen in der KAS-Zentrale in Berlin, bei Mitarbeitern des deutschen Kanzleramts sowie in der Kanzlei des Bundespräsidenten. Zwei Themen standen bei diesen Gesprächen im Vordergrund. Zum einen ging es um die rechtlichen Voraussetzungen für die Arbeit einer Präsidialkanzlei im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie. Hier interessierten sich die mongolischen Partner insbesondere auch für die Frage, wie sich der Staatspräsident gegen falsche Vorwürfe seitens der Medien bzw. auch seitens einzelner Oppositionspolitiker schützen könne. Zum anderen wurde in situ die Organisationsstruktur einer

Präsidialkanzlei in allen wichtigen Einzelheiten bis hin zu personellen Fragen studiert.

Im Anschluss an den Besuch der mongolischen Partner wurde mit der KAS umfänglich darüber diskutiert, wie bei der nunmehr erfolgenden Neustrukturierung der mongolischen Präsidialkanzlei weiterhin von deutscher Seite aus Unterstützung bereitgestellt werden könnte. Dabei ging es insbesondere um die praktische Umsetzung der Neustrukturierung von Kompetenzbereichen und die Implementierung von juristischem Sachverstand zur Wahrung der Integrität des Staatspräsidenten in der Phase der weiteren Entwicklung der demokratischen Institutionen in der Mongolei.

Ziel 5: Das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Eigeninitiative von Bürgern und die Zivilgesellschaft sind gestärkt

5.1. Eine Bürgerinitiative ist im Dialog mit politischen Entscheidungsträgern

Die Maßnahmen mit der Bürgerinitiative zur Rettung des Onghi-Flusses setzten die langjährige Zusammenarbeit der KAS mit dieser ersten landesweiten mongolischen Bürgerinitiative fort. Im Berichtsjahr ging es vor allem darum, den bereits in 2005 begonnenen Dialog zwischen den Vertretern der Bürgerbewegung und verantwortlichen Politikern sowohl in Ulaanbaatar als auch in verschiedenen Provinzen fortzusetzen. Nachdem bereits erfolgreich im Ergebnis der Kommunalwahlen von 2004 mehrere Vertreter der Bürgerbewegung als Abgeordnete in Provinzparlamenten gewählt wurden, konzentriert sich deren Arbeit jetzt darauf, die ureigenen Interessen der Bürgerbewegung mit realistischer, praktischer Politik in Einklang zu bringen.

Die KAS hat deshalb im Berichtsjahr Vertretern der Bürgerbewegung Gelegenheit gegeben, in verschiedenen Provinzen bei Diskussionsforen sowohl mit Kommunalpolitikern als auch mit vielen Interessenten aus der übrigen Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Ganz speziell ging es darum, in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung vor Ort Vorbereitungen für die Ausarbeitung eines künftigen Lehrbuches zu Fragen des Umweltschutzes in der Mongolei zu treffen. Damit sollte erreicht werden, dass die Interessen der Bürgerinitiativen mit denen der auf wirtschaftliche Entwicklung ausgerichteten Politik in möglichst großen Einklang gebracht und offene Konflikte, die noch in den 90er Jahren zu teils gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt hatten, vermieden werden. Bei den wirtschaftlichen Interessen geht es insbesondere um die weitere Entwicklung des Bergbaus in der Mongolei, der als eine der künftig wichtigsten Säulen des nationalen Reichtums betrachtet wird. Deshalb waren vor allem auch Mitarbeiter der mongolischen Bergbaubehörde, die eine Kontrollfunktion ausübt, bevorzugte Ansprechpartner der von der KAS geförderten Onghi-Bewegung. Ein solches geplantes Lehrbuch muss ja auch von den staatlichen Behörden offiziell anerkannt und entsprechend für die Schulausbildung zur Verfügung gestellt werden. Die Maßnahmen unter

dieser Zielformulierung fanden im Juli und August in drei Aimags und acht Sums statt.

5.2. Mitglieder von Bürgerinitiativen gründen ein landesweites Netzwerk

Die unter dieser Zielformulierung geplanten Maßnahmen wurden aus aktuellen Gründen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die KAS hielt es nach Gesprächen mit anderen internationalen Organisationen, insbesondere der Asia Foundation, für angemessen, zunächst eine intensive Abstimmung mit deren Plänen vorzunehmen.

IV. Politische Rahmenbedingungen

Die Mongolei hat in politischer Hinsicht 2006 ein turbulentes Jahr durchlebt. Auf der einen Seite stand in internationaler Hinsicht ein großes Ereignis auf der Agenda. Das Land feierte den 800. Jahrestag der Staatsgründung. Dieses Jubiläum wurde, nicht zuletzt durch aktiven Einsatz der deutschen Diplomatie, von der UNO offiziell anerkannt. Hochrangige Besucher aus aller Welt würdigten dieses Ereignis und lobten die mongolische Politik für die Entwicklungen seit Beginn der Demokratisierung. Auch die Bundesrepublik Deutschland hatte mit einer Bundestagsdelegation unter Führung des Parlamentspräsidenten *Dr. N. Lammert* dem Land ebenfalls mit einer außerordentlich hochrangig besetzten Visite dem Land entsprechende Achtung erwiesen. Die Mongolei gilt zu Recht als ein politisch stabiler und verlässlicher Partner der internationalen Staatengemeinschaft. Außerdem wird deren immer stärker und bedeutsamer werdende geostrategische Rolle hervorgehoben. Zusätzlich fokussiert sich das Interesse der internationalen Wirtschaft immer mehr auf das Land, das über gewaltige Rohstoff- und Energiereserven verfügt. Vor diesem Hintergrund hat die KAS die fünfte Konferenz des Mongolisch-Deutschen Forums ganz diesem Thema gewidmet. Die Konferenz fand im Juli im Beisein des Bundestagspräsidenten statt und erhielt große internationale Resonanz. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Mongolei die Feierlichkeiten, die sich mit verschiedenen Höhepunkten über das gesamte Jahr erstreckten, sehr positiv für ihr internationales Ansehen nutzen konnte und mithin ein Erfolg waren.

Innenpolitisch begann das Jahr 2006 mit erheblichen Turbulenzen im Bereich der Regierung. Die de-facto-Pattsituation im Anschluss an die letzten Parlamentswahlen im Juni 2004 hatten ja zu folgendem Kompromiss geführt. MRVP und Mutterlandkoalition, innerhalb derer die DP die stärkste Gruppe war, bildeten eine gemeinsame Regierung. Es wurde vereinbart, dass in der ersten Hälfte der Legislaturperiode der DP-Politiker *T. Elbegdorj* das Amt des Ministerpräsidenten ausübt, um dieses dann im Juni 2006 für die zweite Hälfte einem Vertreter der MRVP zu übergeben. Sämtliche Ministerposten wurden insofern paritätisch besetzt, als dass jedem Ressort jeweils ein stellvertretender Minister zugeordnet

wurde, der im Hinblick auf den Minister zur anderen Partei gehörte. Was sich zunächst wie ein klassischer Kompromiss mit durchaus nachvollziehbaren und gut begründeten Regularien ausnahm, wurde sehr bald zu einem Hemmnis bei der Regierungsarbeit.

Jedoch begann das innenpolitische Problem bereits unmittelbar nach Konstituierung des neuen Parlaments im Spätherbst 2004, als die im Wahlbündnis ange tretenen Parteien der Mutterlandkoalition ihr Bündnis für beendet erklärten. Damit verloren alle dort versammelten Gruppierungen den Fraktionsstatus, entsprechend des mongolischen Parlaments- und Wahlgesetzes. Die DP, die mit 24 Abgeordneten rein zahlenmäßig über ausreichend Mandate für den Fraktionsstatus verfügen würde, wurde in den Rang einer Parlamentariergruppe zurückgestuft. Nach zahlreichen gegenseitigen Vorwürfen wurde seitens der MRVP im Januar 2006 die Regierung als nicht mehr handlungsfähig eingeschätzt, weil eben – laut MRVP – die DP auf Grund des fehlenden Fraktionsstatus kein verlässlicher Partner sei. Das Parlament stimmte für die Absetzung des regierenden DP-Ministerpräsidenten. Im Februar wurde der ehemalige Gouverneur von Ulaanbaatar und MRVP-Vorsitzende *Enkhbold* zum Ministerpräsidenten gewählt. Sämtliche vormalige DP-Minister verließen ebenfalls die Regierung. Die DP ging im Parlament in die Opposition.

Prinzipiell kann eingeschätzt werden, dass vor dem Hintergrund einer veritablen Regierungskrise diese Schwierigkeiten gut gemeistert wurden. Jedoch ist festzuhalten, dass sich das allgemeine gesellschaftliche Klima mit Blick auf das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Politik, zugespitzt hat. Insbesondere Bürgerinitiativen haben seit Ende 2005 immer wieder zum Teil massiven Protest gegen die Politik im allgemeinen artikuliert. Teilweise wurde dieser Protest von einzelnen Politikern bzw. auch kleineren Parteien für eigene Zwecke versucht zu kanalisieren. Trotzdem sehen sich die Politiker des Landes, insbesondere die der beiden großen Parteien MRVP und DP, starker öffentlicher Kritik ausgesetzt.

Viel spricht dafür, dass die Mongolei in 2006 endgültig in eine neue Phase der Demokratisierung eingetreten ist. Neben einem dringend notwendigen Generationswechsel in allen politischen Lagern offenbart sich auch eine zunehmend stärker werdende Zivilgesellschaft, die insbesondere versucht, die Ausbeutung nationaler Reichtümer wie Bodenschätze in die Hände einer viel breiteren Öffentlichkeit zu legen. Die Parteipolitik steht in der Kritik, gleichwohl ist es ein gutes Zeichen für die Demokratie in der Mongolei, dass andere gesellschaftliche Kräfte immer mehr Gehör finden.

Es wird in nächster Zeit vor allem darauf ankommen, das gilt auch für das Engagement der KAS, die Interessen der sich entwickelnden Zivilgesellschaft mit den Regularien einer Parteiendemokratie in Einklang zu bringen. Darüber hinaus ist in den nächsten Jahren eine intensive Diskussion über die allgemeine Verfasstheit des Landes zu erwarten dahin gehend, ob weiterhin die Kompetenzen des Parlaments gestärkt werden oder sich das Land eher in Richtung einer stärker orientierten Präsidialherrschaft entwickelt.

Ulaanbaatar, 12. Januar 2007

Dr. Thomas Schrapel
Landesbeauftragter